

## **Partner Afrika**

### *Wir nehmen Afrikas Stimmen ernst*

16-165

### **Es geht nur mit Afrika**

In Lissabon trafen sich 2007 die Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Union (EU) und der Afrikanischen Union (AU), um die Beziehung zwischen den Kontinenten auf eine neue, tragfähige Grundlage zu stellen.

Im gleichen Jahr hat die grüne Bundestagsfraktion in der Konferenz „Afrika und Europa – Aufbruch zu einer neuen Partnerschaft“ die Eckpfeiler grüner Afrikapolitik diskutiert und formuliert. Denn wir wollen unsere außen-, sicherheits-, wirtschafts- und klimapolitischen Interessen in einem partnerschaftlichen Dialog mit den afrikanischen Partnern und zusammen mit unseren Partnern in EU und den Vereinten Nationen (UNO) verfolgen.

Es geht nur mit Afrika. Grüne Afrikapolitik gründet auf der Einsicht, dass eine partnerschaftliche Kooperation gleichermaßen im Interesse von Afrika wie von Europa liegt. Globale Probleme kann kein Land allein lösen. Wir brauchen Partner, wenn wir international unsere Verantwortung wirksam wahrnehmen wollen.

Die Zivilgesellschaften beider Kontinente spielen eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, Regierungen zum Handeln zu bewegen. Neben der zwischenstaatlichen Partnerschaft von EU und AU muss deswegen der Dialog der Zivilgesellschaften im Mittelpunkt der Beziehungen zwischen Europa und Afrika stehen. Unser Ansatz lautet, diejenigen Verfassungen, Institutionen und Akteure aus der Zivilgesellschaft zu fördern, die die Macht teilen und dezentralisieren wollen. Grundlegende Veränderungen kommen nicht von außen. Wir meinen aber, dass sie von außen unterstützt und gestärkt werden können.

Wir wollen unsere Afrikapolitik multilateral ausrichten. Unser politisches Handeln ist den Zielen der UNO verpflichtet, insbesondere der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs), dem Primat der Konfliktvorbeugung und der Friedensstiftung. Grüne Afrikapolitik verfolgt eine nachhaltige Armutsbekämpfung, faire Wirtschaftsbeziehungen, eine transparente Verwendung der Einnahmen aller Beteiligten beim Abbau der Ressourcen und im multilateralen Rahmen von UNO und EU eine stärkere Beteiligung am internationalen Krisenmanagement in Afrika.

*„Von Partnerschaft reden genügt nicht. Partnerschaft erfordert eine faire und gleichberechtigte Zusammenarbeit. Sie braucht Gestaltungswillen und tatkräftige Umsetzung von beiden Seiten beim Schutz der Menschenrechte, für Frieden und Stabilität, fairen Handel für afrikanische Produkte. Wir Europäer müssen dazu unseren Beitrag leisten.“*

*Kerstin Müller MdB ist Sprecherin für Außenpolitik*

*„Mit der Europäischen Union können wir aus historischen und geografischen Gründen eine einzigartige Partnerschaft haben. Diese Europäische Union, so beispielhaft durch ihre Rechtsauffassung, durch den Frieden und die gute Regierungsführung, durch den Solidaritätssinn, die die treibenden Kräfte ihrer Entwicklung geworden sind, wird uns viel geben können, um die vielfachen Herausforderungen, denen wir gegenüber stehen, meistern zu können.“*

*Oumar Alpha Konaré ist ehemaliger Vorsitzender der Kommission der Afrikanischen Union (2003-2008)*

## Neue Wege für eine zukunftsfähige Afrikapolitik

Afrika ist in Bewegung. Die Gründung der Afrikanischen Union und das afrikanische Reformprogramm NEPAD (New Partnership for Africa's Development) geben Anlass zur Hoffnung auf mehr Frieden, Demokratisierung durch regionale Kooperation und nachhaltige Entwicklung auf dem Kontinent.

Aber auch auf der politischen Weltkarte formieren sich gegenwärtig neue Allianzen. Inzwischen streben viele afrikanische Staaten wirtschaftliche Kooperationen mit China, Indien und anderen Schwellenländern an, weil sie auf diese Weise stärker als bisher in die Weltwirtschaft eingebunden werden. Mit diesen Vernetzungen und neuen Handelsbeziehungen geht international eine politische Aufwertung des Kontinents einher.

Auf dem EU-Afrika-Gipfel in Lissabon beschloss die EU wegen dieser jüngsten Entwicklungen die jahrzehntelangen Beziehungen zu ihrem Nachbarkontinent aufzuwerten und ein neues Stadium der partnerschaftlichen Kooperation einzuleiten. In vier Bereichen soll die Zusammenarbeit künftig stattfinden: Frieden und Sicherheit, Gute Regierungsführung und Menschenrechte, Handel und regionale Integration und ausgewählte Entwicklungsfragen.

Mit der gemeinsamen Strategie von Lissabon bekennen sich die Mitgliedstaaten von EU und AU zu Grundprinzipien ihrer neuen Partnerschaft:

- der Einheit Afrikas,
- der Selbstverantwortung aller Beteiligten,
- der gemeinsamen Verantwortung,
- der Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit,
- sowie dem Recht auf Entwicklung.

Wir Grüne wollen eine gleichberechtigte und dabei streitbare Partnerschaft zwischen den Kontinenten entwickeln. Es gibt einige ganz zentrale Punkte, bei denen Afrika und Europa gemeinsame Interessen an einer vertieften Kooperation haben: z. B. beim Klimaschutz, in der Migrationspolitik, bei der wirtschaftlichen Kooperation und Energiepolitik sowie der Friedens- und Sicherheitspolitik. Wir meinen, dass alle Beteiligten sich in dieser Partnerschaft des kolonialen Erbes durchaus bewusst sein sollten, doch nach inzwischen über 50 Jahren Unabhängigkeit ist es an der Zeit, ein neues Kapitel der Zusammenarbeit aufzuschlagen.

Aus grüner Sicht muss Afrika ein stärkeres Gewicht in der nationalen und europäischen Außenpolitik einnehmen. Deutschland und die EU haben eine völkerrechtliche, politische und ethische Verpflichtungen, zum Schutz der Menschen in Afrika vor Gewalt und Völkermord beizutragen und das Erreichen der MDGs durch eine aktivere Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungs-, Umwelt- und Handelspolitik zu unterstützen.

Wir fordern daher auch eine deutliche Aufwertung der deutschen Afrikapolitik durch eine einheitliche Afrikastrategie, die konsequent umgesetzt werden muss. Das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, aber auch die Ministerien für Wirtschaft, Umwelt, Verteidigung und Innere Angelegenheiten, müssen in ihrer Politik stärker aufeinander abgestimmt zusammenarbeiten.

*„Noch immer wird die Bedeutung von dauerhaftem Frieden und Stabilität in Afrika, für den Kontinent, für Europa und die Welt ignoriert. In der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik muss die Afrikapolitik endlich einen höheren Stellenwert bekommen.“*

*Kerstin Müller MdB*

## Ohne Frieden und Sicherheit keine Entwicklung

Trotz Entwicklungsfortschritten und teilweiser Entspannung von Krisen wie in Liberia, Sierra Leone oder Burundi gehört Afrika nach wie vor zu den Gebieten in der Welt mit den meisten gewaltsamen Konflikten. Diese sind oft grenzübergreifend und destabilisieren ganze Regionen. Nachhaltige Entwicklung ist so unmöglich. Ohne Frieden und Sicherheit haben die Länder Afrikas keine Chance auf die erfolgreiche Umsetzung der Millenniumsziele.

Der Bericht des Generalsekretärs der UNO aus dem Jahr 2005 und die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003 beschreiben einen umfassenden Sicherheitsbegriff, dem wir Grüne uns anschließen. Im Zentrum der gemeinsamen Politik stehen Prävention, zivile Konfliktbearbeitung sowie Wiederaufbau in Postkonfliktgesellschaften. Gelungene Politik beseitigt vorausschauend die gesellschaftlichen und ökonomischen Ursachen der Konflikte durch nachhaltige Entwicklung und gute Regierungsführung. Nur im Ausnahmefall kann Friedenssicherung im Dienste der UNO den Einsatz von Soldaten notwendig machen, um Menschenleben zu schützen, Gewalt einzudämmen und um die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine friedliche Konfliktbearbeitung zu schaffen.

Bislang beteiligen sich europäische Staaten an den wichtigsten und größten Friedensmissionen der UNO in Afrika nur sehr zögerlich. Dieser Mangel an Engagement gilt gleichermaßen für zivile wie auch für militärische Missionen. Noch immer überwiegt die Logik „reiche Staaten zahlen, arme schicken Soldatinnen und Soldaten“.

Grüne Afrikapolitik jedoch ist dem Ansatz eines wirksamen Multilateralismus verpflichtet. Wenn wir von den UNO-Zielen ausgehen, insbesondere vom Primat der zivilen Konfliktprävention und der Friedensstiftung, sollte auch Deutschland bereit sein, sich umfassender und stärker an der Konfliktverhütung und am internationalen Krisenmanagement der UNO in Afrika zu beteiligen.

### **Afrikas Friedens- und Sicherheitsarchitektur stärken**

Der Aufbau einer afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur ist von zentraler Bedeutung für ein gemeinsames Friedensengagement in Afrika. Die Afrikanische Union verfolgt in dieser Hinsicht ambitionierte Ziele. Mit ihrem Friedens- und Sicherheitsrat hat sie ein zentrales Abstimmungsorgan geschaffen – darüber hinaus ist die AU im Begriff, ein Frühwarnsystem und afrikanische Friedenskontingente aufzubauen. Doch auf absehbare Zeit wird die AU bei ihrem Friedensengagement auf die Unterstützung der UNO und EU angewiesen sein. Deshalb ist eine enge Kooperation umso wichtiger.

Im westsudanesischen Darfur zeigen sich z. B. aktuell Defizite und auch Grenzen der praktischen sicherheitspolitischen Kooperation zwischen EU und AU – und das, obwohl viele prominente Intellektuelle und PolitikerInnen schon lange von Völkermord sprechen.

*„Stoppen Sie die Leiden der Menschen in Darfur! Millionen Vertriebene, mehr als vierhunderttausend Getötete sind der Preis, den die Menschen im Sudan dafür zahlen, dass die internationale Staatengemeinschaft nicht gegen die Machthaber in Khartum vorgeht.“*

*Salih Mahmoud Osman ist Menschenrechtsverteidiger, Sacharow-Preisträger, Mitglied des sudanesischen Parlaments*

### **Gemeinsam für Schutz, Frieden und Gerechtigkeit**

In der Darfur-Krise ist der sudanesischer Präsident Baschir einer der Hauptverantwortlichen für die offiziell 300.000 Toten, für Massenvergewaltigungen und systematische Vertreibung von mehr als 2,5 Millionen Menschen. Er hat veranlasst, dass arabische Reitermilizen, unterstützt vom sudanesischen Militär, seit 2003 die afrikanischstämmige Bevölkerung systematisch verfolgen und ermorden.

Bislang hat die internationale Gemeinschaft es versäumt, den dringend erforderlichen Dreiklang aus Friedensmission, Friedensgesprächen und Gerechtigkeit für die Opfer voranzutreiben.

Die Opfer brauchen endlich Schutz. Aber die UNO-Mitgliedstaaten – auch Deutschland – leisten ihre Zusagen für die gemeinsame Friedensmission von UNO und AU (UNAMID) nicht. Gleichzeitig blockiert das sudanesisches Regime Beiträge von nicht-afrikanischen Staaten. Der Sicherheitsrat übt keinen Druck aus, weil China und Russland sich als Vetomächte im Sicherheitsrat schützend vor das Regime stellen. Großmacht- und Ressourceninteressen sind beiden Staaten wichtiger als Menschenrechte. Die Blockade im Sicherheitsrat muss

aufgelöst werden. Gegenüber China und Russland müssen seitens der EU, AU und innerhalb der UNO deutliche Worte gesprochen werden.

Friedenstruppen alleine können keinen Frieden schaffen. Für einen nachhaltigen Friedensprozess sind neue Friedensgespräche dringend erforderlich, die die Interessen aller Gruppen berücksichtigen. Wir brauchen einen neuen Friedensimpuls durch eine neue Friedenskonferenz.

In Darfur geschieht ein Völkermord und werden schwerste Menschenrechtsverbrechen wie Massenvergewaltigungen begangen. Wenn niemand zur Rechenschaft gezogen wird, wird es keinen Frieden geben. Trotz des Auftrags an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) durch den UN-Sicherheitsrat, schwerste Menschenrechtsverletzungen zu verfolgen, verweigert das sudanesisches Regime jegliche Zusammenarbeit. Nach dem Antrag auf Haftbefehl gegen den sudanesischen Präsidenten Baschir wegen Völkermord, stellt sich sogar die AU gegen den IStGH.

Für uns Grüne gilt: Völkermord ist nicht verhandelbar. Die Arbeit des IStGH ist von zentraler Bedeutung für dauerhaften Frieden.

AU, EU und UNO waren – und sind bis heute – nicht willens, den notwendigen Druck auf die sudanesisches Regierung auszuüben. Dies gilt für die mangelhafte Friedensmission UNAMID, fehlende Friedensverhandlungen zwischen Regierung und Rebellen wie auch für die Blockade der internationalen Strafverfolgung. Und obwohl die AU vom Prinzip der Nichteinmischung abgerückt ist, tritt ausgerechnet sie gegenüber dem Sudan nicht entschieden genug auf. Allerdings hat auch die EU bis heute keine ausreichenden Sanktionen verhängt.

Das Beispiel Darfur zeigt das Dilemma des Prinzips der afrikanischen Selbstverantwortung (ownership). AU und EU sind sich über die Ziele, nicht aber über die praktischen Maßnahmen einig. Die EU-Afrika Strategie, wie sie in Lissabon verabschiedet worden ist, eröffnet neue Perspektiven. Eine Wertegemeinschaft auf dem Papier reicht aber nicht aus. Es kommt auf die gemeinsame Umsetzung an.

Wir wollen deshalb den Dialog auf allen Ebenen stärken und die partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Praxis ausbauen, um gemeinsam Krisen frühzeitig zu erkennen und schnell und wirksam zu lösen.

Der Schutz von Menschen, insbesondere von Frauen und Kindern in Kriegen und Konflikten ist nicht nur Pflicht eines einzelnen Staates, sondern der gesamten Staatengemeinschaft! Wir Grüne setzen uns zusammen mit unseren afrikanischen PartnerInnen für die Verankerung der „responsibility to protect“, der „Schutzverantwortung gegenüber Menschen“ im Völkerrecht und deren wirksame Umsetzung ein, um zukünftig Darfur und ähnliche Fälle zu verhindern.

*„Die Menschen im Nigerdelta leiden unter der grassierenden Armut und der hohen Umweltbelastung. Für die Ölonternehmen gibt es nur geringe Umweltauflagen, an die sie sich im Zweifelsfall aber nicht halten.“ Nnimmo Bassey ist Geschäftsführer der nigerianischen Umweltorganisation ERA*

*„Eine neue afrikanisch-europäische Partnerschaft hat verinnerlicht, dass alle Menschen in Europa und Afrika das Recht auf ein Leben in Würde haben – frei von Bedrohung und Verfolgung, frei von Diskriminierung jeglicher Art, frei von Hunger und Elend, frei von Existenznot.“  
Thilo Hoppe MdB ist Vorsitzender des Ausschusses für Entwicklungspolitik*

## **Gemeinsame Verpflichtung: Die Millenniumsziele**

Die internationale Gemeinschaft hat sich in den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) darauf verpflichtet, das Leben der Armen bis 2015 konkret zu verbessern:

- Wir wollen die Armut substanziell verringern.
- Es sollen deutlich weniger Menschen Hunger leiden müssen,
- Die Kinder- und Müttersterblichkeit muss gesenkt werden.
- Wir wollen den Zugang zu Bildung und Gesundheit erleichtern.
- Und wir wollen bessere Lebensbedingungen, insbesondere für Frauen und Mädchen schaffen und den Schutz der Umwelt durchsetzen.

In den letzten Jahren gab es wichtige Fortschritte. Gestiegene Staatseinnahmen und ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von rund fünf Prozent haben in einer Reihe von afrikanischen Ländern die wirtschaftlichen Bedingungen deutlich verbessert.

Doch die Armut, besonders in Subsahara-Afrika, hat immer noch erschreckende Ausmaße. 41 Prozent der Bevölkerung müssen in diesen Ländern mit weniger als einem US-Dollar pro Tag überleben. Außerdem ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung unterernährt, mit steigender Tendenz. Krankheiten wie HIV/Aids und Malaria töten in den Ländern südlich der Sahara jedes Jahr Millionen von Menschen. Der Klimawandel und die hohen Nahrungsmittel- und Energiepreise verschärfen schon heute die Situation. Diesen Herausforderungen muss die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika besonders Rechnung tragen.

### **Ländliche Entwicklung fördern. Hunger bekämpfen.**

Wir Grüne unterstützen afrikanische Initiativen zur ländlichen Entwicklung. Die Bekämpfung endemischen Hungers ist einer der Schwerpunkte unserer Afrikapolitik. Die Bundestagsfraktion setzt sich für eine gerechtere Handelspolitik, für mehr Geld für die ländliche Entwicklung sowie die Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung ein.

Die Nahrungsmittelpreise sind in den letzten Jahren auf den Weltmärkten stark gestiegen. Der Weizenpreis hat sich seit 2000 verdreifacht, der Preis für Mais und Reis verdoppelt. Diese Steigerungen treffen die afrikanischen Staaten besonders hart und sie haben in einigen Staaten, z. B. in Kamerun, Senegal und Ägypten zu gewaltsamen Protesten geführt. Um die Menschen vor Hunger zu bewahren, ist eine konzertierte Aktion von Entwicklungs- und Industrieländern überfällig. Kurzfristig muss vor allem die humanitäre Nothilfe erweitert und das Welternährungsprogramm der UNO finanziell besser ausgestattet werden.

Allerdings ist diese Nahrungsmittelkrise im Kern strukturell bedingt. Drei Faktoren verändern die globale Landwirtschaft grundlegend: der Klimawandel, die hohen Energiepreise und die steigende Weltbevölkerung. Die natürlichen Voraussetzungen für landwirtschaftliche Entwicklung sind in Afrika denkbar schlecht. Die Böden sind in Teilen des Kontinents von mäßiger Qualität. Hinzu kommen wirtschaftliche und politische Probleme. Die Kombination aus wirtschaftlicher Liberalisierung und Agrarsubventionen in den Industrieländern hat eine zerstörerische Wirkung auf die afrikanische Landwirtschaft.

Der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Produktion in Afrika wird von Kleinbäuerinnen und -bauern besorgt. Sie verfügen über großes Wissen über Böden, Klima, Saatgut und Anbautechniken, aber sie benötigen mehr Unterstützung in Form von Saatgut, Krediten, Know-how, Elektrizität, Straßen und anderen öffentlichen Investitionen. Aber auch ihre Landrechte, vor allem die der Frauen, müssen gesichert werden, damit die kleinbäuerliche Landwirtschaft langfristig wachsen und ihren unverzichtbaren Beitrag im Kampf gegen den Hunger leisten kann.

Unser Ziel ist die Durchsetzung des Rechts auf Nahrung. Wir Grüne fordern eine verstärkte Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit auf Kleinbäuerinnen und -bauern, ländliche Entwicklung, die Förderung der Produktion für lokale und regionale Märkte und die Stärkung der Fähigkeit, sich selbst zu ernähren. Wir wollen eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume in Afrika, die die strukturellen Ursachen von Armut und Hunger bekämpft, die Menschenrechte respektiert und die Umwelt schont. Die Ausweitung von Gentechnik, teure und bewässerungsintensive Plantagenwirtschaft oder massiver Kunstdünger- und Pestizideinsatz würden Fehler der Vergangenheit wiederholen und die global erforderliche Agrarwende ins Gegenteil verkehren.

*„We owe it to ourselves and future generations to enhance Africa’s natural resource base and ensure sustainable production. Water management is a cornerstone of our plans. A crucial challenge ahead will be to improve water use, especially where water is scarce.“*

*Kofi Annan ist ehem. Generalsekretär der Vereinten Nationen*

*„Wasser ist ein Schlüsselfaktor für Afrikas Entwicklung, für Gesundheit, Bildung, Nahrung, aber auch für die Gleichstellung der Frauen. In Zeiten des Klimawandels wird ein kluges Wassermanagement immer wichtiger, damit Katastrophen wie Dürren und Fluten weniger tödlich verlaufen und damit Wasser nicht Quelle von Konflikten, sondern Quelle des Friedens wird.“*

*Uschi Eid MdB ist Vorsitzende des VN-Beratungsausschusses „Wasser und Sanitäre Grundversorgung“*

## **Wasser ist ein Grundrecht**

Bis 2015 will die internationale Gemeinschaft die Zahl derjenigen Menschen halbieren, die keinen Zugang zu Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung wie etwa Toiletten haben.

Afrika verliert jährlich etwa fünf Prozent seiner Wirtschaftsleistung durch mangelnde Wasser- und Sanitärversorgung: Stundenlange Wege zum Wasserholen verhindern produktive Tätigkeiten. Krankheiten, die durch verschmutztes Trinkwasser ausgelöst werden, führen zu hohen Ausfallraten in der Schule und am Arbeitsplatz. 80 Prozent aller Krankheiten in Entwicklungsländern kommen von der schlechten Wasserqualität. Investitionen in den Wasser- und Abwassersektor stellen also die beste Präventivmedizin dar.

Die internationale Gemeinschaft ist noch weit von ihren Zielen entfernt: Derzeit haben nur 56 Prozent der Menschen in den Ländern südlich der Sahara Zugang zu sauberem Trinkwasser, nur 37 Prozent zu Sanitäreinrichtungen. Prognosen zufolge wird das Sanitärversorgungsziel bei gleichbleibenden Trends erst 2076 anstatt 2015 erreicht. Wir müssen also in diesem Bereich deutlich mehr unternehmen.

## **Die zwei Geißeln Afrikas: HIV/AIDS und Malaria**

Afrika ist der Kontinent, der am stärksten von HIV/Aids und Malaria betroffen ist. Weltweit gibt es etwa 33 Millionen HIV-Infizierte, 22 Millionen leben in den Ländern südlich der Sahara. 2007 starben dort 1,5 Millionen Menschen an der Immunschwächekrankheit. Malaria stellt eine ähnliche Bürde dar. Mindestens eine Million Menschen – Schätzungen gehen von bis zu zwei Millionen aus – sterben jährlich an der Infektionskrankheit, vor allem Schwangere und Kinder. 90 Prozent der Todesfälle fallen auf die Länder südlich der Sahara.

HIV/Aids und Malaria bedeuten eine hohe Belastung für die Gesellschaften Afrikas. Die hohen Todesraten schwächen die Selbsthilfemöglichkeiten vieler Familien oder sogar ganzer Dorfgemeinschaften. Bei HIV/Aids kommt die soziale Stigmatisierung hinzu: Erkrankte Menschen werden aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen.

Malaria ist heilbar und HIV/Aids kann durch Medikamente zumindest in Schach gehalten werden, so dass die Betroffenen ein normales Leben führen können. Doch rigorose Patentregelungen beschränken den freien Zugang zu den lebenswichtigen Medikamenten, auch wenn schon einige Fortschritte in der Medikamentenversorgung gemacht worden sind.

Wir Grüne setzen uns in der Gesundheitspolitik für eine entwicklungsorientierte Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas ein: Wir setzen auf Prävention, Pflege, Behandlung und Unterstützung der Erkrankten. Deshalb wollen wir einen Beitrag zum Aufbau von Gesundheitssystemen leisten, was auch eine leistungsgerechte Bezahlung von medizinischen Fachkräften einschließt. Und wir stehen dafür ein, dass die Erforschung, die Produktion und der Handel mit Medikamenten entwicklungsorientiert gestaltet werden, um einen universellen Zugang zu gewährleisten.

## Frauen entscheiden über die Zukunft Afrikas

In Afrika sind die Frauen die Leistungsträgerinnen in Gesellschaft, Wirtschaft und Landwirtschaft. Ohne eine gezielte Stärkung der Frauen sind Erfolge in der Entwicklung der schwächsten Länder in Afrika nicht zu erwarten. Die Weltbank bestätigt, dass die Erreichung der Millenniumsziele nicht möglich sein wird, wenn wir „der Teilnahme der Frau am Wirtschaftsleben nicht größere Aufmerksamkeit als bislang schenken“.

Aber auch bei der Schaffung von Frieden und Sicherheit müssen Frauen stärker eingebunden und in Kriegs- und Krisensituationen wirksamer vor Gewalt geschützt werden. So verlangen es die UNO-Resolutionen 1325 und 1820. Vor allem sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen wie im Kongo oder Sudan muss ein Ende haben. Die Ächtung von Vergewaltigung als Kriegswaffe muss endlich durchgesetzt werden und die Opfer müssen angemessenen Schutz und Unterstützung erhalten; ihnen muss Gerechtigkeit widerfahren – auch mit Hilfe des Internationalen Strafgerichtshofs.

Die Verankerung von Frauenrechten und die Gleichstellung der Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen, ebenso wie Müttergesundheit und auch eine bessere Versorgung der Kinder, können nur erreicht werden, wenn die Frauen in Afrika gefördert und geschützt werden. Die Gesellschaft insgesamt profitiert, wenn Frauen gleichberechtigt sind und einen besseren Zugang zu Bildung, Erwerbsleben und Gesundheitsversorgung haben.

*„In Afrika, das kaum zum Klimawandel beiträgt, ist Klimawandel eine Frage von Leben und Tod“.  
Negusu Aklilu ist Direktor des Ethiopian Forum for Environment*

*„Ich fordere zur Einhaltung sozialer und ökologischer Standards bei der Gewinnung und beim Verkauf von Rohstoffen auf. Wir Grüne wollen dazu beitragen, dass vor allem die Menschen in Afrika vom Rohstoffboom profitieren.“  
Ute Koczy MdB ist Sprecherin für Entwicklungspolitik*

## Herausforderung Klimawandel

Der Klimawandel bedeutet für Afrika eine besondere Herausforderung, denn der Kontinent wird wie kein anderer von den Folgen betroffen sein. Missernten, verstärkte Wüstenbildung, unregelmäßige Regenfälle, mangelndes Trinkwasser und Überschwemmungen gehören heute schon zur alltäglichen Wirklichkeit.

Die meisten afrikanischen Staaten können aus eigener Kraft nur sehr eingeschränkt auf den Klimawandel reagieren. Die internationale Gemeinschaft muss den Klimawandel solidarisch mit Afrika angehen. Denn alles, was wir heute unterlassen, wird uns in Zukunft sehr teuer zu stehen kommen.

Wir Grüne fordern ein stärkeres Engagement der Bundesregierung, der EU und der globalen Entwicklungsinstitutionen. Unsere Partnerinnen und Partner in Afrika brauchen einen besseren Zugang zu innovativer Technologie und mehr finanzielle Unterstützung.

## Waldschutz ist Klimaschutz

Die biologische Vielfalt Afrikas und die noch intakten Regenwälder sind für den Klimaschutz äußerst bedeutsam. Der in den afrikanischen Wäldern gebundene CO<sub>2</sub>-Vorrat wird auf rund 60 Milliarden Tonnen geschätzt: Diese Wälder sind unersetzbar zur Stabilisierung des Weltklimas.

Nach Angaben der Welternährungsorganisation gehen jährlich 1,3 Millionen Hektar Wald in Afrika unwiederbringlich verloren. Finanzielle Anreize müssen es attraktiv machen, Wälder zu schützen, anstatt sie durch illegalen Holzeinschlag, Brandrodung und sonstige Übernutzung zu vernichten.

Bisher gibt es keine ausreichende Überwachung zum Schutz der Wälder in Afrika. Verbindliche Regeln, die den Handel mit illegal geschlagenem Holz wirkungsvoll unterbinden, existieren nicht. Wir Grüne fordern ein

Moratorium industriell betriebener Waldnutzung, bis ein verlässlicher Rahmen für eine nachhaltige Nutzung besteht.

## Die Zukunft hängt von erneuerbarer Energie ab

Das große Potenzial in Afrika zur Nutzung erneuerbarer Energien wird kaum realisiert. Dabei hängen der Zugang zu modernen und bezahlbaren Energiequellen und die Bekämpfung von Armut direkt zusammen. Saubere und gleichzeitig günstige Energie auch für abgelegene, ländliche Regionen kann nur erneuerbare Energie sein. Sie ist flexibel einsetzbar, kann dezentral erzeugt werden und erfordert kein kapitalintensives und wartungsaufwändiges Leitungsnetz. Wir Grüne wollen die entwicklungsorientierte Zusammenarbeit bei den erneuerbaren Energien mit den afrikanischen Staaten intensivieren.

Auch in Afrika gilt: Atomkraft – nein, danke! Der Werbefeldzug für Atomkraft in Afrika muss ein Ende haben. Der Nutzen für die Bevölkerung steht in keinem Verhältnis zu den Kosten und Gefahren von Atomkraftwerken. Wir setzen uns dafür ein, dass es für die Atomkonzerne, die schon das Geschäft mit dem Anlagenbau in Afrika wittern, keine staatlichen Bürgschaften gibt.

## Nachhaltigkeit beim Rohstoffabbau

Abbau und Export von Rohstoffen wie Erdöl, Erdgas, Edelsteinen, Metallen und Holz bilden die mit Abstand größte Devisenquelle vieler afrikanischer Staaten.

Trotzdem hat sich die Lebenssituation vieler Menschen nicht verbessert. Im Gegenteil: Besonders die lokale Bevölkerung leidet massiv unter den ökologischen und sozialen Auswirkungen der Rohstoffförderung. Auf der anderen Seite profitieren eine kleine Elite und die Unternehmen, die die Pfründe unter sich aufteilen. Die ungleiche Verteilung der Gewinne aus dem Rohstoffgeschäft führt zu starken sozialen Spannungen in den Abbaugebieten, bis hin zu äußerst brutalen Auseinandersetzungen über die Kontrolle rohstoffreicher Gebiete, wie z. B. im Ostkongo.

Um diese Entwicklung zu durchbrechen und den Ressourcenreichtum Afrikas sozial und ökologisch nachhaltig zu nutzen, fordern wir die Errichtung eines internationalen Rohstoffregimes, das die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards bei der Rohstoffförderung sicherstellt und die Transparenz der Zahlungsströme gewährleistet. Ein solches Regime kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Regierungsführung in den entsprechenden Ländern verbessert wird. Besonders drängend ist ein verantwortungsvolles Management der Rohstoffgewinne.

Wir Grüne sind davon überzeugt, dass eine Partnerschaft zwischen Afrika und Europa einen wichtigen Beitrag für dauerhaften Frieden und Wohlstand leisten kann – nicht nur für die beiden Kontinente, sondern auch weltweit. Wir setzen uns dafür ein, dass europäische und deutsche Afrikapolitik stärker als bislang gemeinsame Ziele zügig und nachhaltig umsetzt.

## Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

AK 4: Internationale Politik und Menschenrechte

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

T. 030 / 227 56789, F. 030 / 227 56552, [info@gruene-bundestag.de](mailto:info@gruene-bundestag.de)

## Zum Weiterlesen:

Afrika und Europa – Aufbruch zu einer neuen Partnerschaft (Reader 16/110)

Darfur – Stoppt den Völkermord (Flyer 16/158)

Grüne Entwicklungspolitik: Wege in eine gerechtere Welt II (Reader 16/102)

Grün global – Int. Politik in gemeinsamer Verantwortung (Broschüre 16/100)

## Bundestagsdrucksachen:

116/10247 bzw. 16/10248 Fortsetzung deutsche Beteiligung an UNAMID / UNMIS

16/9779 Sexuelle Gewalt gegenüber Frauen im Kongo bekämpfen

16/9761 Ursachen der Piraterie bekämpfen

16/9751 G8-Gipfel in Japan

16/9387 Sanitäre Grundversorgung

16/9313 Afrika unterstützen

16/8403 Kenia stabilisieren

16/7469 EPAs zwischen EU und AKP-Staaten entwicklungsfreundlich gestalten

16/4810 Zertifizierung von Rohstoffen im Kongo

## Links:

[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) » Themen A-Z » Internationale Politik

[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) » Themen A-Z » Entwicklungspolitik